



Bleiben.

Keine Abschiebung von Roma aus Deutschland

Die Bilder der abgeschobenen Roma aus Frankreich sorgen auch in Deutschland für Aufsehen und Empörung. Dabei gerät in den Hintergrund, dass ab Jahresbeginn 2011 rund 10.000 seit langem in Deutschland lebende Roma aus dem Kosovo von der Abschiebung bedroht sind. Viele von ihnen leben seit zwei Jahrzehnten von einer „Duldung“ zur nächsten. Dennoch ist es den Familien und ihren Kindern gelungen,

hier Perspektiven und Freundschaften aufzubauen. Nun sollen sie abgeschoben werden: Ins Nichts. Der Menschenrechtsbeauftragte des Europarats spricht von einer „humanitären Katastrophe“. Noch kann sie verhindert werden: Durch eine Entscheidung der Innenministerkonferenz, die am 16. – 18. November in Hamburg tagt. Dafür braucht es Proteste. Und unsere Solidarität für die Betroffenen.



Neun Jahre ist es her, dass die fünfköpfige Familie Ibrahim, Roma aus Gjakova im Kosovo, nach Deutschland floh: getrieben von der Angst vor marodierenden albanischen Jugendlichen und Milizen, die mehrfach in den Hof der Familie eingedrungen waren und sie massiv bedroht hatten.

Vor dem Krieg arbeitete Ragip Ibrahim als Steinmetz, die Familie hatte ein Auskommen. Entsprechend nötigte uns der Satz „hier waren wir super“, mit dem Floza Ibrahim die Fotos von ihrem Leben in einer Flüchtlingsunterkunft in Nordbayern kommentierte, ein Schmunzeln ab. Dieser Satz beschreibt dennoch nur unzureichend, in welchem Ausmaß das Leben der abgeschobenen Familie noch immer auf Deutschland ausgerichtet ist. Die 9- bis 13-jährigen Kinder hatten in Deutschland die Schule besucht; Ragip Ibrahim arbeitete immer mal wieder in kleinen Jobs, Floza, die Mutter, hatte nicht nur Deutsch, sondern auch Lesen und Schreiben gelernt und eine Stelle als Küchenhilfe in Aussicht.

Eine Rückkehr?

Die Abschiebung im Juni 2007 traf die Familie völlig unvorbereitet, war ihr doch Hoffnung auf ein Bleiberecht gemacht worden. Entgegen der Anweisung des Bayerischen Innenministeriums, die Kriterien des Bleiberechts großzügig zu handhaben, nutzte die Ausländerbehörde des Landeskreises Kissingen alle rechtlichen Spielräume, um die Abschiebung durchzusetzen. Am meisten hat die Familie der abrupte Rauswurf aus Deutschland getroffen. Die Ibrahimis fühlen sich, wie der 35-jährige Familienvater Ragip Ibrahim es ausdrückt, von Deutschland „weggeschmissen“.

Leben am Rand der Müllkippe

Im August 2007 treffe ich die Familie in der Kolonia, einer von Roma bewohnten Hüttensiedlung am Rande der Müllkippe von Gjakova. Egzon, mit 13 Jahren das älteste Kind, stottert so schwer, dass er kaum ein Wort herausbringt. Die jüngeren Geschwister Suzana und Edison wirken apathisch und desorientiert. Floza schwankt zwischen Depressionen und Überreiztheit. Die Situation ist katastrophal. Die Familie wohnt in einem scheinbar leerstehenden Haus ohne Fenster und Tür, aus dem sie jederzeit vertrieben werden kann. Das Haus der Stiefmutter, die erste Anlaufstelle, mussten die Ibrahimis verlassen, nachdem klar geworden war, dass sie keine Reichtümer aus Deutschland mitgebracht hatten.

Aus Angst vor erneuten Angriffen albanischer Banden traut sich die Familie kaum aus dem Haus. Ragip Ibrahim sammelt Dosen und Plastik auf der Müllkippe, die Ausbeute bringt an guten Tagen knapp einen Euro. In unregelmäßigen Abständen erhalten die Ibrahimis kleine Überweisungen von Verwandten aus Deutschland. Die Kinder sprechen untereinander nur Deutsch, sie wissen: im Kosovo wollen, können sie nicht bleiben, sie gehören nach Deutschland.

Zwei Jahre Ungarn

Als ich die Familie im Frühjahr 2008 wieder treffe, ist ihre Lage wenig besser. Es gab kleine Reparaturen am Haus, es ist wohnlicher, Ragip Ibrahim hat hinter dem Haus ein Klo gemauert. Auch psychisch haben sich die Ibrahimis etwas gefangen, Floza wirkt weniger verzweifelt, Egzon kann, wenn auch nicht ohne Mühe, wieder reden. Darüber hinaus ist die Familie fest entschlossen, bei der nächsten Möglichkeit wieder nach Deutschland zu gehen. Wir diskutieren andere Optionen, etwa, innerhalb des Kosovo in eine

andere Kommune umzuziehen, wo die Situation für Roma besser ist. Doch wenige Wochen nach meinem Besuch bekomme ich Post aus Ungarn. Über Serbien und Ungarn wollte die Familie mit einem Schlepper nach Deutschland, wurde jedoch schon an der serbisch-ungarischen Grenze gefasst und in ein Camp bei Debrecen gebracht.

Zwei Jahre verbringt die Familie dort, bevor klar ist, dass sie zurück in den Kosovo muss. Spendenaufrufe

„Ich bin seit drei Monaten nur zu Hause, habe noch keine neuen Freunde und auch noch keine Tanzschule für mich gefunden. Ich kann’s kaum erwarten, wieder nach Deutschland zu gehen. ... Ich hab hier keine Zukunft. Ich muss bald wieder nach Deutschland reisen – allein. Ich kann nicht mehr bleiben. Das hier ist einfach nicht mein Zuhause.“

Egzon Ibrahim, 17, im September 2010

in Bayern bringen mehrere Tausend Euro, um sie bei einem Start im Kosovo zu unterstützen. Ein erfahrener Sozialarbeiter wird mit der Betreuung beauftragt, er besorgt eine Wohnung in Prizren, wo die Familie erst einmal unterkommen kann.

Perspektive Rückkehr

Auch wenn noch keine Arbeit in Aussicht ist, die Schule den Kindern den Schulbesuch verweigert, weil die Zeugnisse aus Deutschland nicht im Original vorliegen – die Familie ist zunächst versorgt und kann sich sicher fühlen. Vielleicht haben die Ibrahimis im Kosovo eine Perspektive. Die Familie sieht das allerdings anders. Ihre Rückkehr, wie die Ausweisung ins Herkunftsland im Behördenjargon genannt wird, ergibt für die Ibrahimis – besonders für die in Deutschland aufgewachsenen Kinder – keinen Sinn. Wenn es eine Rückkehr gibt, dann nach Deutschland. Wie wenig sie als Roma im Kosovo verloren haben, wird aus einer E-Mail von Egzon Ibrahim im September 2010 deutlich:

„... bei mir geht alles schief, weil ich noch nicht mit der Schule angefangen habe. Ich bin seit drei Monaten nur zu Hause, habe noch keine neuen Freunde und auch noch keine Tanzschule für mich gefunden. Ich kann’s kaum erwarten wieder nach Deutschland zu gehen. Bald werde ich 17, am 10. Oktober. Ich hab hier im Kosovo keine Zukunft. Ich muss bald wieder nach Deutschland reisen – allein. Ich kann nicht mehr bleiben. Das hier ist einfach nicht mein Zuhause. Wenn ich nach Deutschland komme, dann versuche ich, auch meiner Familie zu helfen. Meiner Mutter geht es gar nicht gut.“

Stephan Dünnwald, Ethnologe, lebt in Lissabon.

Grundrechte nur auf dem Papier

Die Kritik von Sami Kurteshi ist eindeutig. „Die Regierung ist nicht bereit, diesen Menschen ein würdiges Leben zu garantieren“, sagt der Ombudsmann des Kosovo. „Diese Personen“ – das sind die rund 35.000 bis 40.000 Roma, die gemeinsam mit Ägyptern und Ashkali heute noch im Kosovo leben. Zwar ist Kurteshis Posten ein Amt ohne Schwert, doch das Recht, die kosovarischen Behörden für Missstände bei der Wahrung der Menschenrechte anzuprangern, lässt er sich nicht nehmen.

Dazu gibt es Grund genug, denn die Grundrechte der Roma sind in dem Zwei-Millionen-Einwohner-Staat lediglich auf dem Papier stark. So ist Rom auf lokaler Ebene als offizielle Sprache anerkannt, und im Parlament in Prishtina haben die politischen Vertreter dieser Minderheit, der vor der NATO-Intervention 1999

mehr als 100.000 Mitglieder angehörten, Anspruch auf mindestens einen von 120 Abgeordnetensitzen.

Leben in Lagern

Im Gegensatz dazu steht die gesellschaftliche Marginalisierung der Roma in der seit Februar 2008 unabhängigen Republik Kosovo. So entwarf die Regierung zwar Ende 2008 eine Strategie zur Integration von Roma, Ashkali und Ägyptern. Aktionspläne aber wurden nie umgesetzt, monierte der Menschenrechtsbeauftragte des Europarats, Thomas Hammarberg. Während die offizielle Arbeitslosigkeit bei rund 45 Prozent liegt, sind nach Angaben des Ombudsmannes 98 Prozent der Roma ohne Job. Ihre Unterkünfte: alte Lagerhallen wie in Leposavic an der Grenze zu Serbien oder schäbige Bretterverhaue ohne fließendes Wasser wie in Zvecan oder in den Lagern von Mitrovica.

Aus Angst vor Racheaktionen von Kosovo-Albanern – von denen viele die Roma für Verbündete der verhassten serbischen Minderheit halten – verließen im Sommer 1999 Tausende das Land Richtung Serbien, Montenegro, Mazedonien und Westeuropa. Einige Hundert flohen in kleine Enklaven im serbisch kontrollierten Norden des Landes. Um ihnen ein Mindestmaß an Schutz

vor rassistischen Übergriffen zu sichern, wurden in Cesmin Lug, Zitkovac und Kablar notdürftig Lager eingerichtet. Da diese sich jedoch in der Nähe des früheren Bergwerks von Trepca befinden, sind die Böden mit Blei verseucht. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) forderte deshalb bereits vor zehn Jahren eine Umsiedlung der Roma-Bevölkerung. Ende 2005 wurden Zitkovac und Kablar endlich geschlossen, erst im Oktober 2010 folgte Cesmin Lug. Hunderte Menschen aber wohnen weiterhin in unmittelbarer Nähe zu Trepca, in den Elendsvierteln von Osterode, ihre Blutwerte weisen eine überproportional hohe Bleikonzentration auf. Bis heute hat die internationale Gemeinschaft, die das Protektorat bis zur Unabhängigkeit 2008 de facto regierte und heute mit der Eulex-Mission weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklungen des Landes nimmt, keine Lösung für diese Familien gefunden.

Keine Bildung für Roma

Da Tausende Roma nicht über persönliche Dokumente verfügen, ist es ihnen kaum möglich, Zugang zu Sozialleistungen zu erlangen. So beginnt die Diskriminierung schon mit der Geburt: Mehr als 14 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren sind

Unicef zufolge ohne Geburtsurkunde. Thomas Hammarberg fordert deshalb eine breit angelegte zivile Registrierungskampagne für die Roma. Wie Ombudsmann Kurteshi bezeichnet er ihre Lage als unwürdig – Abschiebungen aus West- und Nordeuropa hält er für gefährlich: „Dieser junge, fragile Staat ist nicht darauf vorbereitet, Rückkehrer in solchen Größenordnungen aufzunehmen.“

Selbst das in der Unabhängigkeitsverfassung verankerte Recht auf Bildung kann der neue Staat nicht garantieren. Unterricht in Rom gibt es nicht, und nur wenige Roma-Kinder sprechen Albanisch oder Serbisch. Unicef-Schätzungen zufolge besuchten zuletzt weniger als 5.000 Roma, Ägypter und Ashkali regelmäßig den Unterricht – gerade einmal 1,1 Prozent der Schülerschaft. Noch depressiver: Lediglich 1,4 Prozent der Roma-Schüler schließen eine höhere Schule ab. Wohin das führt, zeigt eine Unicef-Untersuchung: Fast zwei Drittel der Roma-Kinder leben demnach in absoluter, 30,5 Prozent in extremer Armut.

Karl Tachser, Auslandskorrespondent mit Schwerpunkt Südosteuropa.



Notwendige Solidarität

Die nationalsozialistische Verfolgung der jugoslawischen Roma ist in Deutschland kaum bekannt. Dabei ist sie – bis heute – eine der mittelbaren Ursachen für die Flucht- und Migrationsbewegungen jugoslawischer Roma, auch wenn die ursprüngliche Absicht der Nationalsozialisten, die Roma vollständig zu vernichten, fehlgeschlagen ist.

Ohne vorherige Warnung überfielen am 6. April 1941 deutsche, italienische und bulgarische Truppen Jugoslawien. Das Land wurde in insgesamt elf Teile aufgeteilt. In Serbien errichteten die Deutschen ein Besatzungsregime, während Kroatien „ein unabhängiger Staat“ unter Kontrolle des Ustascha-Regimes werden sollte. Militärisch und politisch stand das zerschlagene Jugoslawien jedoch weitgehend unter Kontrolle der Deutschen.

Serbien wurde nach dem Einmarsch deutscher Truppen einem Besatzungsregime unterworfen und in seiner territorialen Ausdehnung etwa auf die Grenzen von 1912 reduziert.

Bereits am 30. Mai 1941 gab der Militärbefehlshaber in Serbien einen Erlass gegen alle als „Juden“ und Zigeuner“ definierten Menschen heraus, die sich danach innerhalb von zwei Wochen zu melden hatten, um in „Judenregister“ oder „Zigeunerlisten“ eingetragen zu werden.

Juden mussten gelbe Armbinden mit dem Aufdruck „Jude“, Roma ebenfalls gelbe Armbinden mit dem Aufdruck „Zigeuner“ tragen. Der Besuch von Kinos, Sportplätzen und Märkten und das Verlassen des Wohnorts waren grundsätzlich untersagt. Von 20 Uhr bis 6 Uhr morgens mussten Juden und Roma in ihren Wohnungen bleiben. Innerhalb von zehn Tagen hatten sie ihr Vermögen und in ihrem Besitz befindliche

alle „Juden und Zigeuner“ festzunehmen, zumindest aber ihre genaue Anzahl und ihren Wohnort anzugeben. Hauptsächlich Angehörige der als Geiseln erschossenen Juden und Roma wurden ab Dezember 1941 in Semlin interniert. Unzählige Häftlinge starben bereits im ersten Winter infolge von Hunger, Kälte und Entkräftung. Im März 1942 wurde vom Reichssicherheitshauptamt* angeordnet, die verbliebenen Häftlinge in einem Gaswagen zu ermorden. Im Lager befanden sich noch etwa 5.000 bis 6.000 Menschen – darunter rund zehn Prozent Roma. Sie alle wurden bis zum 10. Mai 1942 vergast. Das KZ Semlin blieb aber bestehen, laufend wurden neue Verhaftete dorthin verschleppt. So wie beispielsweise 3.000 Roma aus dem serbischen Banat, das unter Herrschaft „volksdeutscher“ Organe stand. Sie waren bereits 1941 verhaftet worden, um dann im Sommer 1942 in das Belgrader Konzentrationslager gebracht zu werden, wo sie größtenteils umkamen.

Im Rosenwinkel in Göttingen lebt ein großer Teil derjenigen Roma, die in Niedersachsen aktuell von Abschiebungen in den Kosovo bedroht sind. Der AK Asyl und viele Einzelpersonen und Kirchengemeinden versuchen, gemeinsam mit den Betroffenen Unterstützung zu organisieren.

Dazu gehören u.a. jeweils am Monatsende so genannte „Begleitungen“, damit „die Geduldeten“ nicht alleine zur Ausländerbehörde gehen müssen, wenn sie ihre Duldung verlängern. Hinzu kommen öffentliche Protest- und Solidaritätsaktionen: So wie beispielsweise am 22. Juni 2010: Mehrere langjährig geduldeten Roma-Familien und Einzelpersonen waren von der Polizei informiert worden, dass sie sich zur „Abholung“ bereit halten sollten. Trotz einer vergleichsweise kurzen Mobilisierung fanden sich in dieser Nacht rund 100 Menschen im Rosenwinkel ein. Weil unklar war, wie die Polizei vorgehen würde, herrschte bei den BewohnerInnen des Rosenwinkels und den UnterstützerInnen deutliches Unbehagen. Gegen zwei Uhr nachts trafen schließlich Polizei-beamte in Begleitung einer Mitarbeiterin der Ausländerbehörde auf der Straße vor den betroffenen Wohnungen ein. Gesprächsangebote wurden mit dem Hinweis auf eine laufende „Vollzugsmaßnahme“ abgelehnt. Daraufhin stellten sich die UnterstützerInnen demonstrativ vor den Hauseingang der betroffenen Familien. Die Beamten verharteten zwar noch rund 45 Minuten vor Ort, zogen dann aber mit der Aussage wieder ab: „Wir werden die Maßnahme hier jetzt nicht durchprügeln, ohne zu wissen, ob die Leute überhaupt da sind.“

Neben direkten Formen des zivilen Ungehorsams hat die praktische Unterstützung der betroffenen Familien einen hohen Stellenwert. Denn trotz der nächtlichen Solidaritätsaktion und viel Öffentlichkeitsarbeit konnten nicht alle für Ende Juni geplanten Abschiebungen verhindert werden. Der „Arbeitskreis Gjullijeta“ beispielsweise unterstützt die Familie des abgeschobenen 27-jährigen Elvis Tahiri in Göttingen. Als 17-jähriger war er mit seiner Familie aus dem Kosovo nach Deutschland geflohen. In Göttingen lernte er seine jetzige Ehefrau Gjullijeta kennen. Doch weil ihm u.a. 82 Tage für eine Anerkennung unter der so genannten „Altfall-Regelung“ fehlten, wurde er zum ersten Mal am 26. Mai 2009 in den Kosovo abgeschoben.

Sieben Monate lang schlug sich Elvis Tahiri dort durch: faktisch obdachlos, da sein Elternhaus zerstört und ausgeplündert worden war, angefeindet, bedroht und misshandelt. Dann kehrte er, getrieben von Sehnsucht nach seiner Familie, nach Deutschland zurück und stellte sich in Kassel der Ausländerbehörde, die ihn ohne weitere Prüfung in Abschiebehaft nahm und ihn im Februar 2010 erneut in den Kosovo abschoß. Nach mehreren Monaten in wechselnden Notunterkünften in Roma-Siedlungen in Südserbien lebt er nun – finanziert durch Spenden – in einer kleinen Wohnung in Südserbien. Seine Ehefrau – die nun alleine für die zwei Kleinkinder sorgen muss – unterstützt ihn ebenfalls finanziell. Eine Verlängerung ihrer eigenen zeitlich begrenzten Aufenthaltsgenehmigung – und letztendlich die Perspektive ihres abgeschobenen Ehemannes – hängt davon ab, ob sie Vollzeit erwerbstätig wird – angesichts der traumatischen Familiensituation und zweier Kleinkinder im Alter von einem und zwei Jahren eine schwierige Hürde. Die Familie Tahiri ist kein Einzelfall: Und ein Beispiel dafür, wie dringend notwendig ein humanitäres Bleiberecht ist.

Marcus Franke und der „Arbeitskreis Gjullijeta“ unterstützen geduldete und abgeschobene Roma in Göttingen.



Schon am 30. April 1941 institutionalisierte das Ustascha-Regime seine völkische Zielsetzung. „Als Zigeuner in Bezug auf dieses Gesetz gilt diejenige Person, welche ihre Herkunft aus zwei oder mehreren Zigeunergenerationen herleitet“, hieß es im Gesetzestext. Zwei Monate später befahl das kroatische Innenministerium, die Roma nach Name, Adresse und Beruf zu erfassen und männlichen Familienoberhäuptern zuzuordnen. Nach einem Befehl des „Ustascha-Aufsichtsdienstes“ vom 19. Mai 1942 wurden die „Kreissicherheitsorgane“ und alle militärischen Stellen veranlasst, sämtliche Roma festzunehmen und zu internieren.

Die Verhaftungsaktion fand von Ende Mai bis Ende Juli 1942 statt. Sie traf sowohl nomadisierende wie auch die mehrheitlich als Bauern oder Handwerker sesshaften Roma, deren Eigentum systematisch geraubt wurde.

Die ersten Roma-Gruppen, die im Konzentrationslager Jasenovac eintrafen, wurden in das von Serben verlassene Dorf Ustice gebracht, das als „Zigeunerlager“ diente. Mit der Ankunft weiterer Transporte war das Lager schnell überfüllt: Die Ustascha begann die Gefangenen über die Save in das bosnische Gradina überzusetzen. Dort wurden die Menschen mit Äxten und Dolchen am Rande bereits ausgehobener Massengräber ermordet. Am Ende des Sommers 1942 lebten im Konzentrationslager Jasenovac fast keine Roma mehr. Die Zahl der hier ermordeten Roma schwankt zwischen 10.000 und 40.000 Menschen. Neben Jasenovac gab es im Ustascha-Kroatien aber noch eine Reihe weiterer Lager. Und oft wurden Roma auch an Ort und Stelle von Ustascha-Milizen ermordet.

Wegen der lückenhaften Quellenlage und weil verlässliche Zahlen über die kroatische Roma-Bevölkerung der 1940er Jahre nicht existieren, liegen die Schätzungen der insgesamt dem Ustascha-Terror zum Opfer gefallenen Roma zwischen 25.000 bis zu 100.000 Toten.

Betriebe oder Unternehmensbeteiligungen zu melden, damit „kommissarische Leiter“ eingesetzt werden konnten. Juden und Roma im Alter zwischen 14 und 60 Jahren unterlagen nun einem „Arbeitszwang“. Da in Serbien rund 115.000 „Zigeuner“ lebten, kam es jedoch zu Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Erlasses, so dass seit 1850 sesshafte Familien, die einen geachteten Beruf¹ ausübten und einen „ordentlichen Lebenswandel“ führten, „vorerst“ verschont blieben. Die Betroffenen waren dazu aber auf ein entsprechendes Attest ihres Ortsvorstehers angewiesen.

Innerhalb weniger Wochen radikalisierte sich die Verfolgung der Roma in Serbien: Bereits unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch hatten sich Widerstandsgruppen gebildet, deren Intensität die Besatzer überraschte. Zur Abschreckung ließ die Militärverwaltung anfangs in geringerem Umfang Juden, Kommunisten und Roma als „Geiseln“ erschießen, weitete diese Praxis jedoch ab Herbst 1941 zu einem regelrechten Massenmorden aus: Beispielsweise am 21. Oktober 1941, als Hunderte Roma in Kragujevac Opfer einer der größten Massenerschießungen während der Besatzung Serbiens wurden. Wehrmachtssoldaten umstellten die Stadt als Vergeltung für einen Partisanenangriff, trieben insgesamt 7.000 Menschen zusammen und erschossen sie.

Der kommandierende Wehrmachtsgeneral in Serbien erließ dann am 26. Oktober 1941 einen Befehl, wonach alle Juden und Roma erfasst werden sollten, um sie „in den zuständigen Lagern für Vergeltungsmaßnahmen bereit zu halten“. Mehr als 120.000 Männer, Frauen und Kinder wurden in Konzentrationslagern inhaftiert, mehr als 50.000 Gefangene dort ermordet und noch einmal genauso viele ins Deutsche Reich deportiert.

Das berüchtigtste Konzentrationslager Semlin befand sich am Ufer der Save auf kroatischem Gebiet – gegenüber von Belgrad. Noch vor Fertigstellung des Lagers wurde im November 1941 der Befehl erneuert,

Insgesamt starben 40.000 Menschen im KZ Semlin, darunter auch mehrere Tausend Roma. Auch in den Konzentrationslagern Sabac und Crveni Krst bei Nis starben mehrere Hundert Roma. Mindestens zwei Transporte mit fast 1.000 Roma aus Serbien kamen 1943 direkt nach Auschwitz. Fast alle wurden dort ermordet.

Mit der italienischen Kapitulation im Herbst 1943 dehnten die deutschen Truppen zunächst ihre Besatzung auf die italienische Militär-Zone aus und übernahmen ab Frühjahr 1944 auch die Kontrolle der von Ungarn und Bulgarien annektierten Gebiete. Wegen des Vorrückens der Roten Armee zogen sich die deutschen Truppen im Oktober 1944 bis zur so genannten Zvonimir-Stellung südlich von Zagreb zurück, die sie bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 behaupten konnten.

Die Ausdehnung des deutschen Besatzungsregimes ab Herbst 1943 hatte auch eine Ausweitung der Roma-Exekutionen zur Folge: So wurden 1943 in Leskovac an einem einzigen Tag 320 Roma zusammen getrieben und erschossen. Bei einer weiteren „Vergeltungsaktion“ erschossen Wehrmachteinheiten 250 auf der Straße festgenommene Roma und verbrannten ihre Habe.

Der gesamte Umfang derartiger Exekutionen ist nicht mehr genau rekonstruierbar, da nur solche Massaker dokumentiert sind, die größere Gruppen getroffen haben. Entsprechend schwer fällt auch eine Schätzung der insgesamt in Serbien getöteten Roma. Realistische Schätzungen sprechen von 8.000 bis 12.000 Ermordeten.

Frank Sparing, Historiker mit dem Schwerpunkt
NS-Verfolgung von Roma und Sinti.





Elisabeth Raiser, Vorsitzende Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Historische Verantwortung für den Völkermord
Die Forderung nach einem Bleiberecht für Roma in Deutschland begründet sich für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in der historischen Verantwortung für den Völkermord an Roma und Sinti im Nationalsozialismus. Noch immer wissen wir viel zu wenig von dem Leid und der Vernichtung ganzer Roma-Familien und Dörfer während der deutschen Besatzungszeit – gerade im ehemaligen Jugoslawien. Bis heute hat nur ein Bruchteil der wenigen Überlebenden so genannte Wiedergutmachungsleistungen erhalten. Ein humanitäres Bleiberecht für langfristig geduldete Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland ist daher aus historischen und humanitären Gründen geboten. Grundsätzlich sollte in Deutschland Flüchtlingen nach fünf Jahren Duldung das Daueraufenthaltsrecht zugesprochen werden, so wie es in zahlreichen anderen Staaten bereits geschieht.



Hans Koschnick, SPD, ehemaliger EU-Administrator für Mostar und Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung

In der Mitte unserer Gesellschaft
Als ehemaliger EU-Administrator für Mostar konnte ich mich vor Ort über die katastrophale Situation von Roma im ehemaligen Jugoslawien informieren. Aus humanitären Gründen halte ich ein Bleiberecht für langfristig geduldete Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland für absolut notwendig. Viele von ihnen haben sich hier ein neues Leben aufgebaut, ihre Kinder gehen hier zur Schule, machen Ausbildungen und sind hervorragend integriert. Sie verdienen eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben – in der Mitte unserer Gesellschaft.



Roma sind Europa
Dass die Mauer in Berlin aufging, war ein Glück, von dem die Deutschen dachten, es betreffe nur sie selbst. Doch da waren die Migranten, denen das deutsche Schicksal mit einem Mal näher kam, als ihnen lieb war. Und dann kamen die Roma – aus Rumänien und Jugoslawien Sie sind Europa und wurden überall brutal verfolgt. Gleich nach der Maueröffnung landeten sie am Bahnhof Lichtenberg, wo Skinheads und Polizisten sie mit Stöcken erwarteten. Damit sie bleiben konnten, haben wir dabei geholfen, dass sie sich selbst organisieren, Schulen besuchen, erfolgreich arbeiten können. Die nun so „Integrierten“ abzuschieben ins Ungewisse ist moralisch, politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt menschlich ein Desaster. Die Roma abzuschieben heißt: Europa abzuschieben und mit ihm seinen Reichtum und seine Geschichte.

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister de Maizière, wir bitten Sie, bei der bevorstehenden Innenministerkonferenz gemeinsam mit den Länderinnenministern einen sofortigen Stopp aller geplanten Abschiebungen von langfristig geduldeten Roma in die Republik Kosovo zu beschließen.



Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds

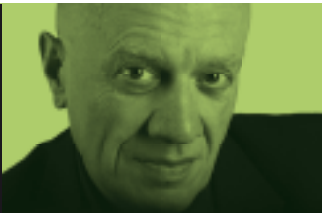
Innenminister müssen Bleiberechtsregelung schaffen
Die Gewerkschaften lehnen die geplanten Abschiebungen von Familien und Kindern in den Kosovo ab. Wir fordern die Innenminister der Länder auf, endlich eine Bleiberechtsregelung zu schaffen, die diesen Namen verdient. Auch nach dem Kosovokrieg wurden Roma und andere Minderheiten in ihrer alten Heimat weiter verfolgt und hunderttausende aus ihren Häusern und Wohnorten vertrieben. Die vielen tausend Flüchtlinge, die aus Deutschland in ihre Heimat zurückgekehrt sind, berichten von Diskriminierung und ethnisch motivierten Übergriffen. Mitnichten kann also von einer sicheren Rückkehr die Rede sein. Bevor weitere Flüchtlinge zurückkehren können, muss alles dafür getan werden, dem Kosovo und den dort lebenden Minderheiten eine Perspektive zu geben und sie vor Gewalt und Ausgrenzung zu schützen

Anetta Kahane, Vorsitzende Amadeu Antonio Stiftung

Roma sind Europa
Dass die Mauer in Berlin aufging, war ein Glück, von dem die Deutschen dachten, es betreffe nur sie selbst. Doch da waren die Migranten, denen das deutsche Schicksal mit einem Mal näher kam, als ihnen lieb war. Und dann kamen die Roma – aus Rumänien und Jugoslawien Sie sind Europa und wurden überall brutal verfolgt. Gleich nach der Maueröffnung landeten sie am Bahnhof Lichtenberg, wo Skinheads und Polizisten sie mit Stöcken erwarteten. Damit sie bleiben konnten, haben wir dabei geholfen, dass sie sich selbst organisieren, Schulen besuchen, erfolgreich arbeiten können. Die nun so „Integrierten“ abzuschieben ins Ungewisse ist moralisch, politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt menschlich ein Desaster. Die Roma abzuschieben heißt: Europa abzuschieben und mit ihm seinen Reichtum und seine Geschichte.

Roma sind Europa
Dass die Mauer in Berlin aufging, war ein Glück, von dem die Deutschen dachten, es betreffe nur sie selbst. Doch da waren die Migranten, denen das deutsche Schicksal mit einem Mal näher kam, als ihnen lieb war. Und dann kamen die Roma – aus Rumänien und Jugoslawien Sie sind Europa und wurden überall brutal verfolgt. Gleich nach der Maueröffnung landeten sie am Bahnhof Lichtenberg, wo Skinheads und Polizisten sie mit Stöcken erwarteten. Damit sie bleiben konnten, haben wir dabei geholfen, dass sie sich selbst organisieren, Schulen besuchen, erfolgreich arbeiten können. Die nun so „Integrierten“ abzuschieben ins Ungewisse ist moralisch, politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt menschlich ein Desaster. Die Roma abzuschieben heißt: Europa abzuschieben und mit ihm seinen Reichtum und seine Geschichte.

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister de Maizière, wir bitten Sie, bei der bevorstehenden Innenministerkonferenz gemeinsam mit den Länderinnenministern einen sofortigen Stopp aller geplanten Abschiebungen von langfristig geduldeten Roma in die Republik Kosovo zu beschließen.



Ralf Fücks, Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung

Die Öffentlichkeit aufrütteln
Die Absicht, 10.000 Roma in den Kosovo abzuschieben, ist aus politischen und humanitären Gründen nicht hinnehmbar. Jeder weiß, dass die Lage dort nach wie vor politisch instabil und ökonomisch desolat ist. Es geht um Kinder und Jugendliche, die in ein Land abgeschoben werden sollen, das niemals ein Zuhause für sie gewesen ist. Es geht um Familien, die ihren Kindern hier in Deutschland durch eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung eine bessere Zukunft bieten möchten. Doch was möchte Deutschland ihnen nun bieten? Die Abschiebung in eine Zukunft voller Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und Armut? Die Wahrung von Menschenrechten und Gleichberechtigung von Minderheiten sind zentrale Anliegen der Heinrich-Böll-Stiftung. Deshalb unterstützen wir die Kampagne, um die Öffentlichkeit gegen die Abschiebung der Roma aufzurütteln.



Deutschland muss die Abschiebungen von Kosovo-Roma stoppen!
Roma, Aschkali und Ägypter sind die am stärksten benachteiligten und marginalisierten Minderheiten im Kosovo. Werden sie aus Deutschland abgeschoben, droht ihnen systematische Diskriminierung und Verfolgung – sie stehen buchstäblich vor dem Nichts. Roma wissen nach ihrer Rückkehr nicht, wo sie wohnen sollen – ihnen bleibt oft nur der Unterschlupf bei Bekannten, die Straße oder Übergangslager im bleiverseuchten Norden von Mitrovica/ë. Roma wird häufig die Grundlage entzogen, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Um Zugang zum Gesundheitswesen, zum Arbeitsmarkt und Bildungseinrichtungen zu bekommen, müssen sie überdies bei den kosovarischen Behörden registriert sein. Da viele Roma, die im Ausland leben, über erforderliche Dokumente nicht verfügen, droht ihnen bei einer Abschiebung de facto die Staatenlosigkeit. Eine Rückkehr in Sicherheit und Würde ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Deshalb müssen sie international geschützt werden. Amnesty International fordert die Innenministerkonferenz auf, die Abschiebungen sofort auszusetzen.



Wir sind selbst aktiv
Das Projekt Roma Center Göttingen e.V. ist ein Verein, in dem viele junge Roma engagiert sind, unter ihnen auch geduldete. Viele von ihnen wollen nicht einfach hinnehmen, dass man sie in ein für sie völlig fremdes Land abschiebt, in dem sie diskriminiert werden. Um sie zu unterstützen, zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus zu finden und ihren Widerstand gegen die Folgen der Politik der Innenminister zu organisieren, haben wir Ende 2009 die Kampagne „alle bleiben!“ ins Leben gerufen. Wir wollen uns miteinander vernetzen, die Öffentlichkeit informieren und mobilisieren. Aber um erfolgreich zu sein, muss insbesondere aus den Reihen der Roma selbst ein Aufschrei hervorgehen! Wir wollen selber aktiv werden, um gegen Diskriminierung vorzugehen, die Unterstützung unserer Freunde und Nachbarn gewinnen. Allerdings nimmt die Diskriminierung von Roma nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen Ländern zu. Daher arbeiten wir auch mit Roma-Organisationen in anderen Ländern zusammen, um so langfristig auch die Lage der Roma europaweit zu verbessern.



Ein stabiles und sicheres Leben
Die Stiftung:do fördert Projekte, die Rechte von MigrantInnen stärken. Dieses Engagement ist auch durch die Geschichte des Nationalsozialismus begründet, in der die Möglichkeit zur Flucht, zu politischem Asyl sowie ein solidarischer Umgang mit Verfolgten für Millionen Menschen eine Frage von Leben oder Tod bedeutete. Daher unterstützen wir nachdrücklich die Kampagne „Alle bleiben – Keine Abschiebung von Roma aus Deutschland“. Die Abschiebe-Politik der Bundesregierung verhindert eine Perspektive von Tausenden von Menschen, die ohne das Recht, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, kein stabiles und sicheres Leben aufbauen können. Die unsäglich, von Thilo Sarrazin angefachte „Integrations“-Debatte zeigt einmal mehr, wie weit Deutschland noch von einem realistischen und solidarischen Umgang mit Migration in einer globalisierten Welt entfernt ist.



Abschiebungen stoppen!
Im April 2010 wurde das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Minderheiten wie Roma und Aschkali droht die Abschiebung ins Elend. Bis zu 2.500 Menschen pro Jahr sollen nach dem Willen der Innenminister zurückgeschickt werden. Aus zahlreichen Recherchen ist bekannt, was die Abgeschobenen im Kosovo erwartet: buchstäblich ein Leben am Rande der Müllkippe. Diskriminierung und Ablehnung schlägt ihnen entgegen. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Einrichtungen und gesundheitlicher Versorgung bleibt ihnen weitgehend versperrt. Ihre zumeist in Deutschland geborenen Kinder können sich kaum verständigen. Pro Asyl fordert deshalb einen sofortigen Abschiebestopp. Roma und andere Minderheiten brauchen eine sichere Lebensperspektive in Deutschland.



Florian Weis, Geschäftsführer Rosa-Luxemburg-Stiftung

Deutschland schuldet Roma ein bedingungsloses Bleiberecht
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung kooperiert mit europäischen Roma-Netzwerken und engagierten ParlamentarierInnen, um mit bildungspolitischen Aktivitäten gegen die Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten der Roma wirksam zu werden. Unter Mitwirkung der Bremer Rosa-Luxemburg-Initiative entstand die Publikation „Antiziganistische Zustände“. Roma leben in mittelosteuropäischen Ländern unter elenden sozialökonomischen Bedingungen und von den Mehrheitsbevölkerungen mit Hass verfolgt. Trotzdem werden Mahnungen der europäischen Menschenrechtsagentur ignoriert und Strukturfonds nicht für Projekte zugunsten von Roma eingesetzt. Im Kosovo wurden Roma noch 1999 unter den Augen der NATO-Soldaten ermordet, misshandelt und vertrieben. Sie dahin abzuschieben heißt, sie weiteren Menschenrechtsverletzungen auszusetzen. Gerade Deutschland schuldet ihnen ein bedingungsloses Bleiberecht.

Impressum:

Sühnezeichen
Aktion

Friedensdienste

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Heike Kleffner (v.i.S.d.P.)
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Fon: 030-28395184
www.asf-ev.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Berlin, BLZ 100 205 00, Kto-Nr.: 31137-00

Gestaltet und unterstützt von: FLMH, www.flmh.de

Titelfoto: Christian Ditsch, Version | S. 2 oben: Lutfi Shala, Peja (Kosovo/2010) | S. 2 unten: Elvira Gashi, Peja (Kosovo/2010) | S. 3 Mitte: Eldar Ahmetovic, Berlin (Deutschland/2010) | S. 3 unten: Duldung, Berlin (Deutschland/2010) | Die Fotos der S. 2 und 3 sind im Rahmen des Fotoprojekts „Duldung Deluxe“ über geduldete und aus Deutschland abgeschobene Roma-Jugendliche und junge Erwachsene des Fotografen Nihad Nino Pusija entstanden. Das Projekt wurde durch die Allianz Kulturstiftung unterstützt und ist ab November 2010 in Berlin zu sehen. | S. 4: Foto Monika Lüke: J Zimmermann, amnesty international | Foto Hans Koschnick: Heinz-Josef Lücking

Gefördert durch:

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
FÜR DEN FÜR VERGLEICHUNG UND VERGLEICHUNG MITTEL

Stiftung

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

An: Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern, Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister de Maizière,

wie Sie aufgrund von Berichten internationaler und nationaler Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen sicherlich wissen, ist eine Abschiebung von langfristig in Deutschland geduldeten Roma in die Republik Kosovo nicht zu verantworten. Ich/Wir bitten Sie daher, bei der bevorstehenden Innenministerkonferenz gemeinsam mit den Länderinnenministern einen sofortigen Stopp aller geplanten Abschiebungen von langfristig geduldeten Roma in die Republik Kosovo zu beschließen.

(Datum)

(Name)

(Adresse)

(Unterschrift)

☐ Bitte informieren Sie mich weiterhin über Aktivitäten von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Meine E-Mail Adresse: _____

Bitte senden Sie diesen Abschnitt unterschrieben an: ASF e.V., Auguststraße 80, 10117 Berlin, auch per Fax: 030-28395135 oder per Mail: asf@asf-ev.de. Wir werden die gesammelten Unterschriften vor der Innenministerkonferenz an den Bundesinnenminister übergeben. Sie können auch Online unterschreiben: www.asf-ev.de

IV